

Mitteilung des Senats vom 30. April 2013

**Bremisches Gesetz über die generalistisch ausgerichtete
Gesundheits- und Krankenpflegehilfe**

Mitteilung des Senats

an die Bremische Bürgerschaft (Landtag)

vom 30. April 2013

1. Der Senat leitet der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) den Entwurf eines Gesetzes über die generalistisch ausgerichtete Gesundheits- und Krankenpflegehilfe mit der Bitte um die Schlussfassung zu. Mit diesem Gesetz wird ein neues Berufsbild im Sinne eines einheitlichen generalistischen Pflegeberufs geschaffen. Ausgebildet werden Pflegende, die für die Versorgung von Menschen aller Altersgruppen in allen Betreuungsformen qualifiziert sind.

Um die Bedarfe hinsichtlich dieser Ausbildung und die konkrete Ausgestaltung bestimmen zu können, ist zum 1. April 2012 zunächst ein Schulversuch begonnen worden, bei dem 20 Personen die Ausbildung begonnen haben. Der Schulversuch wird von den Bremer Krankenpflegeschulen e. V. gemeinsam mit der Altenpflegeschule der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitsnehmerkammer Bremen durchgeführt.

2. Der Entwurf ist mit den Altenpflegeschulen und den Krankenpflegeschulen im Land Bremen, dem Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e. V., der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege Bremen e. V., der Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen e. V., dem Bremer Pflegerat, der Arbeitsnehmerkammer Bremen, der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dem Institut für Public Health und Pflegeforschung an der Universität Bremen abgestimmt.

Die staatliche Deputation für Gesundheit hat dem Gesetzesentwurf in ihrer Sitzung am 12.02.2013 mit der Maßgabe der Evaluation nach Beendigung des Schulversuchs und ggf. der Novellierung – auch unter Berücksichtigung der Veränderung bundesrechtlicher Rahmenbedingungen – zugestimmt.

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend hat in ihrer Sitzung am 14. Februar 2013 den Entwurf eines Gesetzes über die generalistisch ausgerichtete Gesundheits- und Krankenpflegehilfe zur Kenntnis genommen. Sie erwartet ebenfalls nach Ende des Schulversuches eine Evaluation, ggf. eine daraus abgeleitete Novellierung des Gesetzes und die Berücksichtigung zu erwartender Änderungen der bundesrechtlichen Rahmenbedingungen. Zusätzlich wurde die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen um Prüfung gebeten, inwieweit das Konzept einer

Teilhabeassistenz mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf vereinbar ist. Die Prüfung ergab, dass die Ausbildung zum/zur Teilhabeassistenten nicht mit diesem Gesetzesentwurf verbunden wird, da inhaltlich eher eine Nähe zu Ausbildungen wie der Heilerziehungspflegehilfe besteht, was zur Folge hat, dass eine eigene rechtliche Regelung erforderlich sein würde.

3. Für den Senator für Gesundheit und für die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen werden in den Jahren 2013/ 2014 einmalig Kosten in Höhe von je 16.000 Euro im Rahmen des Schulversuchs entstehen, da die senatorischen Behörden sich am Schulgeld der nach dem SGB III bzw. SGB II geförderten Schülerinnen und Schüler nach Beendigung der Förderung beteiligen.

ENTWURF

Bremisches Gesetz über die generalistisch ausgerichtete Gesundheits- und Krankenpflegehilfe

Vom

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Abschnitt 1

Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung

§ 1

Führen der Berufsbezeichnung

Wer die Berufsbezeichnung „Gesundheits- und Krankenpflegehelferin mit generalistischer Ausrichtung (g.A.)“ oder „Gesundheits- und Krankenpflegehelfer mit generalistischer Ausrichtung (g.A.)“ führen will, bedarf der Erlaubnis (Anlage 2).

§ 2

Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis

(1) Eine Erlaubnis nach § 1 ist auf Antrag zu erteilen, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller

1. die Ausbildungszeit abgeleistet und die staatliche Prüfung bestanden hat,
2. sich nicht eines Verhaltens schuldig gemacht hat, aus dem sich die Unzuverlässigkeit zur Ausübung des Berufs ergibt,
3. in gesundheitlicher Hinsicht zur Ausübung des Berufs geeignet ist und
4. über die für die Ausübung der Berufstätigkeit erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt.

(2) Die Erlaubnis ist zurückzunehmen, wenn bei deren Erteilung eine der Voraussetzungen nach Absatz 1 Nummer 1 bis 4 nicht vorgelegen hat oder die Ausbildung nicht abgeschlossen war.

(3) Die Erlaubnis ist zu widerrufen, wenn nachträglich die Voraussetzung nach Absatz 1 Nummer 2 weggefallen ist.

(4) Die Erlaubnis kann widerrufen werden, wenn nachträglich die Voraussetzung nach Absatz 1 Nummer 3 weggefallen ist.

Abschnitt 2

Ausbildung

§ 3

Ausbildungsziel

(1) Die Ausbildung in der generalistisch ausgerichteten Gesundheits- und Krankenpflegehilfe soll die Kompetenzen vermitteln, die erforderlich sind, um Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger, Altenpflegerinnen und Altenpfleger sowie Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger bei der Pflege, Versorgung und Betreuung von pflegebedürftigen Menschen selbstständig zu unterstützen und zu assistieren. Dabei liegt die Steuerungsverantwortung bei der zuständigen Gesundheits- und Krankenpflegerin, dem zuständigen Gesundheits- und Krankenpfleger, der zuständigen Altenpflegerin, dem zuständigen Altenpfleger, der zuständigen Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerin oder dem zuständigen Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger und die Durchführungsverantwortung jeweils bei der generalistisch ausgerichteten Gesundheits- und Krankenpflegehelferin oder dem generalistisch ausgerichteten Gesundheits- und Krankenpflegehelfer.

(2) Die Ausbildung soll auf die Pflege von Menschen in allen Altersstufen und verschiedenen Lebensphasen in unterschiedlichen ambulanten und stationären Einsatzgebieten vorbereiten. Sie soll zur Zusammenarbeit mit den in den jeweiligen Einsatzgebieten vertretenen Berufsgruppen befähigen. Insbesondere soll die Ausbildung dazu befähigen, in folgenden Aufgabengebieten selbstständig unterstützend und assistierend tätig zu sein:

1. Unterstützung und Förderung der Selbständigkeit der zu Pflegenden in der alltäglichen Lebensgestaltung unter Berücksichtigung der Biografie, Kultur und Religion. Hierunter fallen insbesondere
 - a) die allgemeine Pflege, insbesondere Aufgaben der Unterstützung in der Mobilität, Körperpflege, Ernährung und Ausscheidung vor dem Hintergrund der individuellen Bedürfnisse und Fähigkeiten der zu Pflegenden,
 - b) die soziale und psychische Unterstützung und Begleitung der zu Pflegenden und
 - c) Tätigkeiten der hauswirtschaftlichen Versorgung,
2. spezielle, ärztlich angeordnete diagnostische und therapeutische Maßnahmen im Rahmen der selbstständigen Unterstützung und Assistenz der Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und Gesundheits- und Krankenpfleger, Altenpflegerinnen und Altenpfleger oder Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger einschließlich Maßnahmen der Beobachtung des Pflege- und Gesundheitszustandes,
3. Umsetzung von geplanten Pflegemaßnahmen, Dokumentation der eigenen Tätigkeiten und des Pflegeverlaufs sowie Erhebung und Aktualisierung von Daten für die weitere Pflegeprozessplanung.

Über die in Nummer 1 bis 3 genannten Aufgaben der Unterstützung und Assistenz hinaus soll die Ausbildung auf das eigenständige Erkennen von Notfallsituationen und das angemessene Handeln vorbereiten.

§ 4**Dauer und Inhalt der Ausbildung**

- (1) Die Ausbildung in der generalistisch ausgerichteten Gesundheits- und Krankenpflegehilfe schließt mit einer staatlichen Prüfung ab. Die Ausbildungsdauer beträgt in Vollzeitform zwei Jahre, in Teilzeitform höchstens vier Jahre. Sie besteht aus theoretischem und praktischem Unterricht und einer praktischen Ausbildung. Die Dauer der Ausbildungszeit kann nicht verkürzt werden.
- (2) Der Unterricht wird in staatlich anerkannten Krankenpflegesschulen und staatlich anerkannten Altenpflegesschulen vermittelt. Die praktische Ausbildung wird an Krankenhäusern, stationären Altenpflegeeinrichtungen, ambulanten Pflegeeinrichtungen oder weiteren an der Ausbildung beteiligten, geeigneten Einrichtungen durchgeführt.
- (3) Die Gesamtverantwortung für die Organisation und Koordination des theoretischen und praktischen Unterrichts und der praktischen Ausbildung entsprechend dem Ausbildungsziel trägt die Schule. Die Schule unterstützt die praktische Ausbildung durch Praxisbegleitung. Die Praxisanleitung ist durch die Einrichtungen nach Absatz 2 Satz 2 sicherzustellen.
- (4) Der Unterricht erfolgt auf der Grundlage der vom Senator für Gesundheit und der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen erstellten und genehmigten Lehrpläne.
- (5) In jedem Ausbildungsjahr sind in den Prüfungslernfeldern mindestens drei, in den übrigen Lernfeldern mindestens zwei Leistungsnachweise zu erbringen. Am Ende jeden Ausbildungsjahres werden Jahreszeugnisse erteilt, die eine Zuordnung zu den Lernfeldern vornehmen. Die Note der praktischen Ausbildung wird im Benehmen mit dem Träger der praktischen Ausbildung festgelegt und im Jahreszeugnis ausgewiesen.
- (6) Die Ausbildung in der generalistisch ausgerichteten Gesundheits- und Krankenpflegehilfe umfasst mindestens den in der Anlage 1 aufgeführten theoretischen und praktischen Unterricht von 1590 Stunden und die praktische Ausbildung von 1680 Stunden. Im Unterricht muss den Schülerinnen und Schülern ausreichende Möglichkeit gegeben werden, die erforderlichen praktischen Fähigkeiten und Fertigkeiten zu entwickeln und einzuüben.
- (7) Die regelmäßige und erfolgreiche Teilnahme an den Ausbildungsveranstaltungen nach Absatz 6 ist durch eine Bescheinigung der Schule nachzuweisen.
- (8) Während der praktischen Ausbildung sind die Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, die zur Erreichung des Ausbildungsziels nach § 3 erforderlich sind. Es ist Gelegenheit zu geben, die im Unterricht erworbenen Kenntnisse zu vertiefen und zu lernen, sie bei der späteren beruflichen Tätigkeit anzuwenden.
- (9) Die Einrichtungen der praktischen Ausbildung stellen die Praxisanleitung durch geeignete Fachkräfte sicher. Aufgabe der Praxisanleitung ist es, die Schülerinnen und Schüler schrittweise an die eigenständige Wahrnehmung der beruflichen Aufgaben heran zu führen und die Verbindung mit der Schule zu gewährleisten. Zur Praxisanleitung geeignet sind Altenpflege- und Krankenpflegefachkräfte mit einer Berufserfahrung von mindestens zwei Jahren sowie einer berufspädagogischen Zusatzqualifikation im Umfang von mindestens 200 Stunden.

§ 5

Anforderungen an Pflegeschulen

- (1) Die Krankenpflegeschulen nach § 4 Absatz 2 bedürfen der staatlichen Anerkennung durch den Senator für Gesundheit. Die Altenpflegeschulen nach § 4 Absatz 2 bedürfen der staatlichen Anerkennung durch die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen.
- (2) Kranken- und Altenpflegeschulen können als geeignet für Ausbildungen staatlich anerkannt werden, wenn sie folgende Mindestanforderungen erfüllen:
1. Die Schulen müssen die Gewähr für eine ordnungsgemäße Durchführung der Ausbildung bieten.
 2. Die hauptberufliche Leitung erfolgt durch eine pädagogisch qualifizierte Fachkraft mit abgeschlossener Hochschulausbildung, insbesondere aus dem Pflegebereich.
 3. Die Schulen verfügen für jeden Ausbildungsgang über eine hauptamtliche Lehrkraft mit entsprechender, insbesondere pflegepädagogischer, abgeschlossener Hochschulausbildung, sowie über eine angemessene Zahl fachlich und pädagogisch qualifizierter Lehrkräfte.
 4. Je Ausbildungsgang steht ein Unterrichtsraum für den theoretischen und eine ausreichende Zahl von Unterrichtsräumen für den fachpraktischen Unterricht zur Verfügung. Die Unterrichtsräume für den fachpraktischen Unterricht müssen die notwendige Ausstattung besitzen.
 5. Die für die Durchführung des Unterrichts notwendigen Einrichtungen und Lehrmittel sowie eine der Größe der Schule angemessene Anzahl von Pausen- und Sanitärräumen stehen zur Verfügung.
 6. Die Schule weist nach, dass die notwendige Zahl geeigneter Plätze zur Durchführung der praktischen Ausbildung nach § 4 Absatz 2 auf Dauer in Anspruch genommen werden können.

§ 6

Voraussetzungen für den Zugang zur Ausbildung

- (1) Voraussetzung für den Zugang zu einer Ausbildung nach § 4 Absatz 1 ist, dass die Bewerberin oder der Bewerber
1. gesundheitlich zur Ausübung des Berufs nach § 2 Absatz 1 Nummer 3 geeignet ist,
 2. die einfache Berufsbildungsreife nachweist und
 3. über die für die Durchführung der Ausbildung erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt.
- (2) Bewerberinnen und Bewerber, bei denen die Zugangsvoraussetzung nach Absatz 1 Nummer 2 nicht vorliegt, können zur Ausbildung zugelassen werden, wenn eine im Ausland erworbene einfache Berufsbildungsreife vorliegt, die aus formalen Gründen nicht als gleich-

wertig anerkannt werden kann.

(3) Über die Zulassung zur Ausbildung entscheidet der Senator für Gesundheit.

§ 7

Anrechnung gleichwertiger Ausbildungen

Der Senator für Gesundheit kann auf Antrag eine andere Ausbildung im Umfange ihrer Gleichwertigkeit auf die Dauer einer Ausbildung nach § 4 Absatz 1 anrechnen.

§ 8

Anrechnung von Fehlzeiten

Auf die Dauer einer Ausbildung nach § 4 Absatz 1 werden angerechnet:

1. Urlaub, einschließlich Bildungsurlaub oder Ferien,
2. Unterbrechungen durch Krankheit oder aus anderen, von der Schülerin oder dem Schüler nicht zu vertretenden Gründen bis zur Gesamtdauer von 40 Tagen und
3. bei Schülerinnen Unterbrechungen wegen Schwangerschaft; die Unterbrechung der Ausbildung darf einschließlich der Fehlzeiten nach Nummer 2 eine Gesamtdauer von 60 Tagen nicht überschreiten.

Der Senator für Gesundheit kann auf Antrag auch über Satz 1 hinausgehende Fehlzeiten berücksichtigen, soweit eine besondere Härte vorliegt und das Erreichen des Ausbildungsziels durch die Anrechnung nicht gefährdet wird. Freistellungsansprüche nach dem Betriebsverfassungsgesetz oder dem Bremischen Personalvertretungsgesetz bleiben unberührt.

Abschnitt 3

Ausbildungsverhältnis

§ 9

Ausbildungsvertrag

(1) Zwischen dem Träger der praktischen Ausbildung und der Schülerin oder dem Schüler ist ein schriftlicher Ausbildungsvertrag nach Maßgabe der Vorschriften dieses Abschnitts zu schließen.

(2) Der Ausbildungsvertrag muss mindestens enthalten

1. die Bezeichnung des Berufs, zu dem nach den Vorschriften dieser Verordnung ausgebildet wird,
2. den Beginn und die Dauer der Ausbildung,
3. Angaben über die der Ausbildung zugrundeliegenden Vorschriften sowie über die inhaltliche und zeitliche Gliederung der praktischen Ausbildung,
4. die Dauer der regelmäßigen täglichen oder wöchentlichen Ausbildungszeit,
5. die Dauer der Probezeit,
6. Angaben über Zahlung und Höhe der Ausbildungsvergütung,

7. die Dauer des Urlaubs,
8. die Voraussetzungen, unter denen der Ausbildungsvertrag gekündigt werden kann und
9. einen in allgemeiner Form gehaltenen Hinweis auf Tarifverträge, Betriebs- und Dienstvereinbarungen, die auf das Ausbildungsverhältnis anzuwenden sind.

(3) Der Ausbildungsvertrag ist von einer Person, die zur Vertretung des Trägers der Ausbildung berechtigt ist und der Schülerin oder dem Schüler, bei Minderjährigen auch von deren gesetzlichen Vertretern zu unterzeichnen. Eine Ausfertigung des unterzeichneten Ausbildungsvertrages ist der Schülerin oder dem Schüler und deren gesetzlichen Vertretern auszuhändigen.

(4) Änderungen des Ausbildungsvertrages bedürfen der Schriftform.

§ 10

Pflichten des Trägers der praktischen Ausbildung

(1) Der Träger der praktischen Ausbildung hat

1. die Ausbildung in einer durch ihren Zweck gebotenen Form planmäßig, zeitlich und sachlich gegliedert so durchzuführen, dass das Ausbildungsziel nach § 3 in der vorgesehenen Ausbildungszeit erreicht werden kann und
2. der Schülerin und dem Schüler kostenlos die Ausbildungsmittel einschließlich der Fachbücher, Instrumente und Apparate zur Verfügung zu stellen, die zur Ausbildung und zum Ablegen der staatlichen Prüfung erforderlich sind.

(2) Den Schülerinnen und Schülern dürfen nur Verrichtungen übertragen werden, die dem Ausbildungszweck und dem Ausbildungsstand entsprechen; sie sollen ihren physischen und psychischen Kräften angemessen sein.

§ 11

Pflichten der Schülerin und des Schülers

Die Schülerin und der Schüler haben sich zu bemühen, die in § 3 genannten Kompetenzen zu erwerben, die erforderlich sind, um das Ausbildungsziel zu erreichen. Sie sind insbesondere verpflichtet,

1. an den vorgeschriebenen Ausbildungsveranstaltungen teilzunehmen,
2. die ihnen im Rahmen der Ausbildung übertragenen Aufgaben und Verrichtungen sorgfältig auszuführen und
3. die für Beschäftigte in Einrichtungen nach § 4 Absatz 2 geltenden Bestimmungen über die Schweigepflicht einzuhalten und über Betriebsgeheimnisse Stillschweigen zu wahren.

§ 12

Ausbildungsvergütung

(1) Der Träger der praktischen Ausbildung hat der Schülerin und dem Schüler eine angemessene Ausbildungsvergütung zu gewähren, soweit nicht bei beruflicher Ausbildung Ansprüche auf Arbeitslosengeld nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch, auf Arbeitslosengeld II nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch oder auf Übergangsgeld nach den für die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben geltenden Vorschriften bestehen.

(2) Im letzten Drittel der Ausbildung hat der Träger der praktischen Ausbildung der Schülerin oder dem Schüler über die Ausbildungsvergütung hinaus die Weiterbildungskosten entsprechend § 83 Absatz 1 Nummer 2 bis 4 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch zu erstatten, soweit diese anfallen.

(3) Eine über die vereinbarte regelmäßige tägliche oder wöchentliche Ausbildungszeit hinausgehende Beschäftigung ist nur ausnahmsweise zulässig und besonders zu vergüten.

§ 13

Probezeit

Das Ausbildungsverhältnis beginnt mit einer Probezeit von vier Monaten.

§ 14

Ende des Ausbildungsverhältnisses

(1) Das Ausbildungsverhältnis endet mit der erfolgreich bestandenen Abschlussprüfung.

(2) Besteht die Schülerin oder der Schüler die staatliche Prüfung nicht oder kann sie oder er ohne eigenes Verschulden die staatliche Prüfung vor Ablauf der Ausbildungszeit nicht ablegen, so verlängert sich das Ausbildungsverhältnis auf ihren oder seinen schriftlichen Antrag bis zur nächstmöglichen Wiederholungsprüfung, höchstens jedoch um ein Jahr.

§ 15

Kündigung des Ausbildungsverhältnisses

(1) Während der Probezeit kann das Ausbildungsverhältnis von jedem Vertragspartner jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden.

(2) Nach der Probezeit kann das Ausbildungsverhältnis nur gekündigt werden

1. von jedem Vertragspartner ohne Einhalten einer Kündigungsfrist,

a) wenn die Voraussetzungen des § 2 Absatz 1 Nummer 2 und 3 nicht oder nicht mehr vorliegen oder

b) aus einem sonstigen wichtigen Grund sowie

2. von Schülerinnen oder Schülern mit einer Kündigungsfrist von vier Wochen.

- (3) Die Kündigung muss schriftlich und in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 1 unter Angabe der Kündigungsgründe erfolgen.
- (4) Eine Kündigung aus einem wichtigen Grund ist unwirksam, wenn die ihr zugrunde liegenden Tatsachen dem zur Kündigung Berechtigten länger als zwei Wochen bekannt sind. Ist ein vorgesehene Güteverfahren vor einer außergerichtlichen Stelle eingeleitet, so wird bis zu dessen Beendigung der Lauf dieser Frist gehemmt.

§ 16

Beschäftigung im Anschluss an das Ausbildungsverhältnis

Werden die Schülerin oder der Schüler im Anschluss an das Ausbildungsverhältnis beschäftigt, ohne dass hierüber ausdrücklich etwas vereinbart worden ist, so gilt ein Arbeitsverhältnis auf unbestimmte Zeit als begründet.

§ 17

Nichtigkeit von Vereinbarungen

- (1) Eine Vereinbarung, die zu Ungunsten der Schülerin oder des Schülers von den Regelungen der §§ 9 bis 16 abweicht, ist nichtig.
- (2) Eine Vereinbarung, die Schülerinnen oder Schüler für die Zeit nach Beendigung des Ausbildungsverhältnisses in der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit beschränkt, ist nichtig. Dies gilt nicht, wenn die Schülerin oder der Schüler innerhalb der letzten drei Monate des Ausbildungsverhältnisses für die Zeit nach dessen Beendigung ein Arbeitsverhältnis auf unbestimmte Zeit eingeht.
- (3) Nichtig ist auch eine Vereinbarung über
 1. die Verpflichtung der Schülerin oder des Schülers, für die Ausbildung eine Entschädigung zu zahlen,
 2. Vertragsstrafen,
 3. den Ausschluss oder die Beschränkung von Schadenersatzansprüchen und
 4. die Festsetzung der Höhe eines Schadenersatzes in Pauschbeträgen.

Abschnitt 4

Externenprüfung

§ 18

Zulassungsvoraussetzungen

Wer eine Krankenpflege- oder Altenpflegeschule besucht und die Prüfung in der Gesundheits- oder Krankenpflege oder in der Altenpflege nicht bestanden hat, kann sich zu einer Externenprüfung melden.

§ 19**Verfahren zur Zulassung**

(1) Anträge auf Zulassung sind bei der Kranken- oder Altenpflegeschule zu stellen. Dem Antrag sind beizufügen:

1. ein tabellarischer Lebenslauf mit lückenloser Darlegung des bisher durchlaufenen schulischen Werdegangs,
2. beglaubigte Abschriften der Zeugnisse, die zum Nachweis der Zulassungsvoraussetzungen erforderlich sind, sowie weitere Zeugnisse, die Auskunft über den bisherigen schulischen und beruflichen Werdegang geben.

(2) Über die Zulassung entscheidet der Senator für Gesundheit.

(3) Prüfungen für externe Bewerberinnen und Bewerber finden im Rahmen der planmäßigen Prüfungen statt. Die Prüfung wird in sämtlichen Prüfungsteilen durchgeführt. Bei Beginn eines jeden Prüfungsteils weist sich der Prüfling über seine Person aus.

(4) Wer als externe Bewerberin oder als externer Bewerber an der Prüfung erfolgreich teilgenommen hat, erhält ein Abschlusszeugnis. Wer die Prüfung nicht bestanden hat, erhält eine entsprechende Bescheinigung. Abschlusszeugnis oder Bescheinigung enthalten folgenden Vermerk: „Frau/Herr hat die Prüfung als externe Bewerberin/externer Bewerber erfolgreich/nicht erfolgreich abgelegt“.

Abschnitt 5**Erwerb des Mittleren Schulabschlusses****§ 20****Zusatzprüfung zum Erwerb des Mittleren Schulabschlusses**

(1) Zur Zusatzprüfung zum Erwerb des Mittleren Schulabschlusses wird zugelassen,

1. wer mit der Erweiterten Berufsbildungsreife in die Ausbildung aufgenommen wurde und
2. am Unterricht in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik teilgenommen hat.

(2) Die Zusatzprüfung zum Erwerb des Mittleren Schulabschlusses kann durchgeführt werden, wenn während der Ausbildung der erteilte Unterricht in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik jeweils mindestens 120 Unterrichtsstunden umfasst. Der Unterricht in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik kann als zusätzlicher Unterricht zu den anderen Fächern der Stundentafel erteilt werden. Der Unterricht in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik ist von Lehrerinnen und Lehrern zu erteilen, die die Lehrbefähigung für das Lehramt an öffentlichen Schulen besitzen.

(3) Die Zusatzprüfung wird im Rahmen der Abschlussprüfung abgenommen.

Abschnitt 6

Schlussvorschriften

§ 21

Verordnungsermächtigung

Der Senator für Gesundheit wird ermächtigt im Einvernehmen mit der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen die Ausbildung und Prüfung in der generalistisch ausgerichteten Gesundheits- und Krankenpflegehilfe durch Rechtsverordnung zu regeln. Die Verordnung soll insbesondere nähere Bestimmungen enthalten

1. zur Zulassung zur Prüfung,
2. zu Form, Dauer und Inhalt der Ausbildung,
3. über die Prüfung zur Feststellung der Eignung für den Beruf zur Gesundheits- und Krankenpflegehilfe mit generalistischer Ausrichtung,
4. über die während der Ausbildung zu vermittelnden Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die das Ausbildungsberufsbild nach § 3 Absatz 2 mindestens umfasst,
5. zum Ausbildungsrahmenplan, der die Ausbildung sachlich und zeitlich gliedert,
6. zu den Grundsätzen der fachpraktischen Anleitung,
7. über die Zwischenprüfung,
8. über die Durchführung der Abschlussprüfung, einschließlich der Prüfungsgebiete,
9. die Prüfung für Externe und
10. zum Erwerb des Mittleren Schulabschlusses.

§ 22

Übergangsregelung

Die in § 4 Absatz 1 Satz 2 geregelte Teilzeitausbildung und die Anrechnung gleichwertiger Ausbildungen nach § 7 gelten nicht für den im Jahr 2012 begonnenen Schulversuch.

§ 23

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 2013 in Kraft.

Bremen, den

Der Senat

Anlage 1
(zu § 4 Absatz 5)

A - Theoretischer und praktischer Unterricht

LF Nr.	Fachrichtungsbezogener Lernbereich	Stunden	Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen	Bremer Krankenpflegeschule
1	Kontakt zu Menschen aufnehmen – Alltag in unterschiedlichen Generationen verstehen	60	60	0
2	Menschen in ihrer Orientierung und Beweglichkeit unterstützen und Sicherheit mit gestalten	140	100	40
3	Menschen mit Hilfebedarf in ihren alltäglichen Verrichtungen beobachten und unterstützen	160	80	80
4	In Notfallsituationen angemessen handeln	60	0	60
5	Familien und alleinstehende Personen im Alltag und in der Haushaltsführung unterstützen	90	90	0
6	Tod und Sterben begegnen und Menschen am Lebensende pflegerisch unterstützen	40	40	0
7	Als Pflegeassistenten mit anderen Berufsgruppen im Krankenhaus zusammenarbeiten	110	0	110
8	Menschen mit Einschränkungen im Bereich der Ernährung unterstützen	90	0	90
9	Menschen aus verschiedenen Kulturen in verschiedenen Arbeitsfeldern der Pflege unterstützen	40	40	0
10	Das Umfeld von zu Pflegenden sicher gestalten und sie vor Infektionen schützen	40	0	40
11	Ältere Menschen in ihrer häuslichen Versorgung begleiten und Risiken und Gefahren erkennen	110	110	0
12	Häufig auftretende Gesundheitsstörungen im Alter erkennen und angemessen reagieren	110	0	110
13	Lebenswelt Pflegeheim – im Alltag der stationären Pflege mitarbeiten und Menschen dort in ihrer Lebens- und Tagesgestaltung unterstützen	100	100	0
14	Menschen mit Einschränkungen der Beweglichkeit und körperlichen und geistigen Behinderungen pflegerisch unterstützen	80	0	80
		1230	620	610
	Fachrichtungsübergreifender Lernbereich			
	Deutsch	<u>120</u>	<u>120</u>	<u>0</u>
	Englisch	<u>120</u>	<u>120</u>	<u>0</u>
	Mathematik	<u>120</u>	<u>120</u>	<u>0</u>
		360	360	0
	Gesamtstunden	1590		

B - Stundenaufteilung nach Wissensgrundlagen

Wissensgrundlagen	Gesamt- stunden
Pflege und ihre praktischen und theoretischen Grundlagen	480
Pflegerrelevante Kenntnisse der Naturwissenschaften und der Medizin	260
Pflegerrelevante Kenntnisse aus Recht, Politik und Wirtschaft	30
Pflegerrelevante Kenntnisse der Geistes- und Sozialwissenschaften	80
Lebensgestaltung (z. T. Pflege, z. T. Geistes- und Sozialwissenschaften)	120
Berufskunde (Pflege)	40
Hauswirtschaft	120
Deutsch und Kommunikation	40
Kursorganisation, soziales Lernen	60
	<u>1230</u>

U R K U N D E

über die Erlaubnis zur Führung der Berufsbezeichnung

„.....“

Name, Vorname

Geburtsdatum

Geburtsort

erhält aufgrund des Bremischen Gesetzes über die generalistisch ausgerichtete Gesundheits- und Krankenpflegehilfe vom (Brem.GBl. S.) mit Wirkung vom heutigen Tage die Erlaubnis, die Berufsbezeichnung

„.....“

zu führen.

Ort, Datum _____

(Unterschrift)

(Siegel)

Begründung

I. Allgemeine Begründung

Die Qualifizierung der Pflegeberufe wird mittlerweile erfolgreich vorangetrieben. Erfahrungen und Ergebnisse einer Vielzahl von Modellprojekten, die in den letzten 10 Jahren in Deutschland durchgeführt worden, zeigen, dass sich das Profil der Pflegeberufe aufgrund des sich ständig wandelnden gesellschaftlichen Versorgungsbedarfs verändert.

Zahlreiche demografische, epidemiologische und strukturelle Entwicklungen führen zu veränderten Anforderungen an pflegerisches Handeln. Kennzeichnend für diesen Prozess sind Hochaltrigkeit, Singularisierung, Individualisierung und Multikulturalität sowie ein Wandel in der Informations- und Wissensgesellschaft. Des Weiteren zeichnet sich ein Wandel des Krankheitsspektrums ab. So nehmen chronische Erkrankungen und die Überlagerung von verschiedenen Krankheitsbildern (Multimorbidität) zu. In diesem Zusammenhang stellen medizinische, gesundheitswissenschaftliche und gerontologische Entwicklungen für die Gestaltung von neuen Aufgaben- und Berufsprofilen eine große Herausforderung dar. Dies ist vor allem im Kontext eines zunehmend unter Effizienz- und Kostendruck sowie „Markt- und Wettbewerbsorientierung“ stehenden Gesundheitswesens zu sehen.

Das künftige Aufgabenspektrum der Pflege wird sich nicht mehr allein auf die sogenannte „hands on Pflege“ beschränken, sondern sich auch und verstärkt an beratenden, begleitenden, unterstützenden, koordinierenden und versorgungssteuernden Aufgaben ausrichten. Der Trend geht in Richtung berufsübergreifender Pflegeausbildung, die beruflich Pflegende für die Versorgung von Menschen aller Altersgruppen in allen Betreuungsformen qualifiziert und auf präventive, kurative, rehabilitative und palliative Strategien pflegerischen Handelns ausgerichtet ist.

Diese stark ausdifferenzierenden Aufgaben im Gesundheitssektor und im Arbeitsfeld der Pflege machen eine Qualifizierung von Assistentinnen und Assistenten bzw. Helferinnen und Helfern notwendig. Dem Bedarf an Differenzierung in den Arbeitszuschnitten und – damit verbunden- unterschiedlichen Kompetenzniveaus der beruflich Pflegenden wird dadurch Rechnung getragen.

Grundlage für die Regelung der Ausbildung und Prüfung der generalistisch ausgerichteten Gesundheits- und Krankenpflegehilfe ist dieses Landesgesetz.

II. Einzelbegründung

Zu § 1:

Diese Bestimmung regelt die Berufsbezeichnung. Mit dieser wird zu einem zum Ausdruck gebracht, dass die Tätigkeit im Gegensatz zur bundesrechtlich geregelten Gesundheits- und Krankenpflege im Bereich der Gesundheits- und Krankenpflegehilfe erfolgt, die einer landesrechtlichen Regelung zugänglich ist. Zum anderen ergibt sich aus ihr der generalistische Ansatz der Ausbildung, die nicht zwischen bestimmten Gruppen der Behandelten unterscheidet, wie dieses im Bundesrecht mit der Differenzierung zwischen Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Altenpflege noch der Fall ist.

Zu § 2:

Absatz 1 regelt die Voraussetzungen, die für die Erteilung einer Erlaubnis zur Führung der in § 1 genannten Berufsbezeichnung vorliegen müssen. Die Voraussetzungen sind an § 2 des Krankenpflegegesetzes und § 2 des Altenpflegegesetzes ausgerichtet. Wie dort muss auch hier die vorgeschrie-

bene zweijährige Ausbildungszeit absolviert und die staatliche Prüfung bestanden sein, der Antragssteller darf nicht unzuverlässig sein, er muss in gesundheitlicher Hinsicht zur Ausübung des Berufes geeignet sein und die für die Ausübung der Berufstätigkeit erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache besitzen.

Die Absätze 2 bis 4 regeln Rücknahme und Widerruf der Erlaubnis.

Zu § 3:

Absatz 1 regelt das Ziel der Ausbildung. Die in der generalistisch ausgerichteten Gesundheits- und Krankenpflegehilfe ausgebildeten Personen sollen die dreijährig in der Krankenpflege, der Kinderkrankenpflege und der Altenpflege Ausgebildeten bei der Pflege, Versorgung und Betreuung von pflegebedürftigen Menschen selbstständig unterstützen und ihnen assistieren. Dabei liegt die sog. Anordnungsverantwortung bei den Angehörigen der Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Altenpflege. Diese sind für eine ordnungsgemäße Anleitung und für die ordnungsgemäße Anordnung der zu verrichtenden Tätigkeit verantwortlich. Die sog. Durchführungsverantwortung liegt dagegen bei den unmittelbar Behandelnden, also soweit es sich um Aufgaben in der generalistisch ausgerichteten Gesundheits- und Krankenpflegehilfe handelt, bei den nach dieser Verordnung ausgebildeten Personen.

Bei der Ausbildung handelt es sich um eine integrierte Ausbildung, die auf die Pflege von Menschen in allen Altersstufen und verschiedenen Lebensphasen in unterschiedlichen ambulanten und stationären Einsatzgebieten vorbereitet. Satz 2 regelt, in welchen Aufgabengebieten die in der generalistisch ausgerichteten Gesundheits- und Krankenpflegehilfe ausgebildeten Personen insbesondere unterstützend und assistierend tätig sind.

In Absatz 2 werden die Einsatzgebiete und Aufgabenbereiche ausgeführt und konkretisiert. Im Rahmen des Delegationsbereichs nehmen die in der Gesundheits- und Krankenpflegehilfe ausgebildeten Personen die Aufgaben der Unterstützung und Assistenz selbstständig wahr. Daher macht Satz 2 deutlich, dass zur Ausbildung auch das Erkennen von Notfallsituationen gehört sowie die angemessene Reaktion hierauf.

Zu § 4:

Diese Bestimmung enthält die näheren Regelungen zu Dauer und Inhalt der Ausbildung.

Nach Absatz 1 dauert die Ausbildung in Vollzeitform zwei Jahre, in Teilzeitform höchstens vier Jahre. Durch die Teilzeitform soll insbesondere älteren und erfahrenen Personen die Möglichkeit zur Ausbildung gegeben werden. Die Qualität des Ausbildungsberufes verlangt dabei eine nach Art und Umfang gleiche Durchführung. Die Ausbildung besteht aus theoretischem und praktischem Unterricht und einer praktischen Ausbildung und ist mit der staatlichen Prüfung abzuschließen. Eine Verkürzung der Ausbildung ist auch dann nicht möglich, wenn die Abschlussprüfung bereits vor dem Ablauf von zwei Jahren erfolgt.

Die Absätze 2 und 3 regeln die Vermittlung des Unterrichts und die Durchführung der praktischen Ausbildung sowie die Aufgaben der Schule, die insbesondere die Gesamtverantwortung für die Organisation und Koordination des theoretischen und praktischen Unterrichts und der praktischen Ausbildung trägt. Die Schule hat die praktische Ausbildung durch Praxisbegleitung zu unterstützen, um einen Zusammenhang zwischen Unterricht und praktischer Ausbildung zu gewährleisten und sicherzustellen, dass in allen Einrichtungen, die an der praktischen Ausbildung teilnehmen, eine Ausbildung auf gleichem Niveau erfolgt.

Grundlage für den Unterricht sind die vom Senator für Gesundheit und der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen erstellten und genehmigten Lehrpläne. Bei den beiden senatorischen

Dienststellen handelt es sich um die für die Krankenpflegeausbildung bzw. die Altenpflegeausbildung zuständigen obersten Landesbehörden.

In Absatz 5 wird deutlich gemacht, dass auch während der gesamten Ausbildung Leistungsnachweise in den Prüfungslernfeldern zu erbringen sind. Am Ende eines Ausbildungsjahres werden Zeugnisse erteilt, die den aktuellen Leistungsstand wiedergeben. Die Ausbildungsnoten bilden die „Vornoten“, die in der Endnote Berücksichtigung finden.

Absatz 6 bestimmt den Umfang des theoretischen und praktischen Unterrichts und der praktischen Ausbildung und verweist hinsichtlich des Inhalts des theoretischen und praktischen Unterrichts auf die Anlage 1.

Nach Absatz 7 ist die regelmäßige und erfolgreiche Teilnahme an den Ausbildungsveranstaltungen durch eine Bescheinigung der Schule nachzuweisen.

Die Absätze 8 und 9 betreffen die praktische Ausbildung. Dort sollen die im Unterricht erworbenen Kenntnisse vertieft werden. Ziel ist auch die Anwendung der erlernten Kenntnisse und Fähigkeiten bei der späteren beruflichen Tätigkeit. Die Schülerinnen und Schüler sollen in dieser Zeit schrittweise an die eigenständige Wahrnehmung der beruflichen Aufgaben herangeführt werden. Dies erfolgt durch besonders qualifizierte Praxisanleiter, die gleichzeitig die Verbindung mit der Schule gewährleisten.

Zu § 5:

§ 5 regelt die Anforderungen an die Kranken- und Altenpflegesschulen, an denen die Ausbildungsabsolviert werden kann. Nach Absatz 1 bedürfen diese der staatlichen Anerkennung. Für die Anerkennung der Krankenpflegesschulen ist der Senator für Gesundheit, für die Anerkennung der Altenpflegesschulen die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen zuständig.

Nach Absatz 2 müssen die Schulen, die eine staatliche Anerkennung anstreben, von einer Fachkraft mit Hochschulausbildung aus dem Pflegebereich geleitet werden. Sie müssen mindestens über eine hauptamtliche Lehrkraft mit entsprechender Hochschulausbildung für jeden Ausbildungsgang verfügen sowie über eine angemessene Zahl entsprechend qualifizierter Lehrkräfte. Darüber hinaus müssen sie eine angemessene räumliche Ausstattung vorweisen. Es muss hinreichend Lehrmaterial vorhanden sein. Die Schule muss über eine angemessene Anzahl an Pausen- und Sanitarräumen verfügen. Außerdem muss die Schule vorweisen können, dass genügend Plätze für die praktische Ausbildung vorhanden sind.

Zu § 6:

Absatz 1 regelt als Zulassungsvoraussetzung für eine Ausbildung in der generalistisch ausgerichteten Gesundheits- und Krankenpflegehilfe die gesundheitliche Eignung und die Einfache Berufsbildungsreife.

Absatz 2 regelt den Zugang zur Ausbildung in den Fällen, in denen im Ausland erworbene Einfache Berufsbildungsreife aus formalen Gründen nicht anerkannt werden kann. Hierdurch soll Personen eine Ausbildung ermöglicht werden, die ansonsten zu Ausbildungen mit Zugangsvoraussetzung „Einfache Berufsbildungsreife“ aus formalen Gründen nicht zugelassen werden können.

Die Entscheidung über die Zulassung zur Ausbildung liegt beim Senator für Gesundheit.

Zu § 7:

Diese Bestimmung enthält die im Bereich der Gesundheitsberufe übliche Anrechnungsregelung für gleichwertige Ausbildungen. Diese können im Umfang ihrer Gleichwertigkeit auf die Dauer einer Ausbildung in der generalistisch ausgerichteten Gesundheits- und Krankenpflegehilfe angerechnet werden.

Zu § 8:

Diese Bestimmung regelt die Anrechnung von Fehlzeiten auf die Dauer der Ausbildung. Die Regelung entspricht den in den Berufsgesetzen der Gesundheitsfachberufe üblichen Fehlzeitenklauseln. Dieses gilt für die Differenzierung der Fehlzeiten zwischen Urlaub und Unterbrechungen durch Krankheit oder aus anderen von der Schülerin und dem Schülern nicht zu vertretenden Gründen und Unterbrechungen wegen Schwangerschaft. In Satz 2 ist darüber hinaus die übliche Härtefallregelung enthalten.

Zu den §§ 9 - 17:

Die Vorschriften des dritten Abschnitts enthalten die Bestimmungen zum Ausbildungsverhältnis. Dabei sind weitgehend die Vorschriften des Krankenpflegegesetzes und des Altenpflegegesetzes übernommen worden. Dieses empfiehlt sich, damit die Krankenhäuser bzw. die Träger der Altenhilfe, die Ausbildungsverträge mit Krankenpflegeschülerinnen und -schülern bzw. mit Altenpflegeschülerinnen und -schülern sowie mit Schülerinnen und Schülern in der generalistisch ausgerichteten Gesundheits- und Krankenpflegehilfeausbildung abgeschlossen haben, hinsichtlich der das Ausbildungsverhältnis regelnden Vorschriften von möglichst gleichlautenden Bestimmungen ausgehen können. Die Regelungen betreffen den Ausbildungsvertrag, die Pflichten des Trägers der praktischen Ausbildung, die Pflichten der Schülerin und des Schülers, die Ausbildungsvergütung, die Probezeit (4 Monate), das Ende des Ausbildungsverhältnisses, die Kündigung des Ausbildungsverhältnisses sowie die Beschäftigung im Anschluss an das Ausbildungsverhältnis und die Nichtigkeit von Vereinbarungen.

Zu § 18:

Personen, die eine dreijährige Krankenpflege- oder Altenpflegeausbildung absolviert haben, die Abschlussprüfungen dort aber nicht bestanden haben, können sich, ohne dass es einer weiteren Ausbildung im Bereich der generalistisch ausgerichteten Gesundheits- und Krankenpflegehilfe bedarf, zu einer Prüfung nach dieser Verordnung melden. Dabei wird davon ausgegangen, dass jemand, der die dreijährige Krankenpflege- oder Altenpflegeausbildung absolviert, aber die Prüfung nicht bestanden hat, so viel Wissen erworben hat, dass er die Prüfung nach der zweijährigen Ausbildungszeit in der generalistisch ausgerichteten Gesundheits- und Krankenpflegehilfe ohne weitere Ausbildung bestehen kann.

Zu § 19:

Diese Bestimmung regelt das Verfahren der Zulassung zur externen Prüfung. Absatz 1 bestimmt, welche Unterlagen dem Antrag beizufügen sind. Über den Antrag entscheidet nach Absatz 2 der Senator für Gesundheit. Die Prüfungen für externe Bewerberinnen und Bewerber finden nach Absatz 3 im Rahmen der planmäßigen Prüfungen statt. Dieses ist sinnvoll, da die externen Bewerberinnen und Bewerber zeigen sollen, dass sie eine normale Abschlussprüfung in der generalistisch ausgerichteten Gesundheits- und Krankenpflegehilfe bestehen können.

Die Absatz 4 enthält Regelungen über die Erteilung eines Abschlusszeugnisses bzw. einer abschließenden Bescheinigung sowie über die Durchführung der Prüfung.

Zu § 20:

Diese Bestimmung regelt die Voraussetzungen für die Teilnahme an der Zusatzprüfung und den Umfang der Zusatzprüfung. Nach Absatz 1 kann an der Zusatzprüfung teilnehmen, wer mit der erweiterten Berufsbildungsreife in den Bildungsgang eingetreten ist. Dies entspricht dem Prinzip, dass nur der nächsthöhere allgemeinbildende Schulabschluss erreicht werden kann. Absatz 2 bestimmt den Umfang des Unterrichts in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik, der als Voraussetzung für die Durchführung der Zusatzprüfung erteilt worden sein muss. In Absatz 3 wird festgelegt, dass die Zusatzprüfung im Rahmen der planmäßigen Abschlussprüfung stattfindet. Dies ist sinnvoll, weil die Prüfung nicht zeitlich gestreckt, sondern mit dem Abschluss der Ausbildung abgenommen werden soll.

Zu § 21:

§ 21 erteilt dem Senator für Gesundheit eine Ermächtigung zum Erlass einer Verordnung im Einvernehmen mit der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, in der die Einzelheiten zur Ausbildung und Prüfung geregelt werden.

Zu § 22:

In der Übergangsregelung ist festgelegt, dass die Teilzeitausbildung bei dem im Jahr 2012 begonnenen Schulversuch nicht zulässig ist, da ansonsten eine sinnvolle Evaluation nicht möglich ist. Auch ist die Anrechnung gleichwertiger Ausbildungen ausgeschlossen.

Zu § 23:

Diese Bestimmung regelt das Inkrafttreten.